



AFRIKA/ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK - „Es muss verhindert werden, dass das Land zu einem zentralafrikanischen Somalia wird“

Bangui (Fidesdienst) – Willkürliche Hinrichtungen, sexuelle Gewalt und gezielte Anschläge mit religiösem und ethnischen Hintergrund, Festnahmen von Oppositionellen und deren Angehörigen, Folter, Verschleppungen, Rekrutierung von Kindersoldaten und Plünderungen beklagt eine Gruppe von Nichtregierungsorganisationen, darunter auch Caritas Frankreich, in einem gemeinsamen Appell in der Zentralafrikanischen Republik.

Seit der Machtübernahme durch das Seleka-Bündnis und die Flucht des ehemaligen Präsidenten Francois Bozizé „sind die Einwohner des Landes Hauptleidtragende der politisch-militärischen Strategien und leidet seit Monaten“, heißt es in dem Appell. „Einige Organismen der Vereinten Nationen, Nichtregierungsorganisationen und die Kirche versuchen die Not der Menschen zu lindern, denen es am Notwendigsten fehlt: es gibt weder Medikamente noch Lebensmittel... im ganzen Land bleiben die Schulen geschlossen. Bangassou im Osten des Landes wird mit humanitären Hilfsflügen versorgt: doch es gibt kein Wasser, keinen Treibstoff und damit auch keinen Strom“.

Die Instabilität, in der sich die Zentralafrikanische Republik befindet ist so groß, dass man vermutet, „dass das Land zum Somalia Zentralafrikas werden könnte. Dieses institutionelle ‚no man’s land‘ könnte Terroristen aus Nigeria und Mali anziehen, oder die Rebellen der Lord’s Resistance Army (LRA), die in diesem Land mit einer Fläche von 650.000 qkm und nur 4,5 Millionen leicht Zuflucht finden könnten.“

Demzufolge fordern die Unterzeichner des Appells: „von Frankreich und den europäischen und afrikanischen Ländern ein Überdenken der eigenen Position. Humanitäre Hilfe ist dringend notwendig für Menschen in Gefahr und man muss zudem den demokratischen Prozess fördern. Die neuen zentralafrikanischen Behörden müssen zudem die Sicherheit wiederherstellen und das Funktionieren der Verwaltung und der staatlichen Dienstleistungen gewährleisten.“ (LM) (Fidesdienst, 14/06/2013)